

Konjunktur stabilisieren, ökologischen Umbau forcieren, globale Armut bekämpfen

Wirtschaftspolitische Leitlinien der Grünen Fraktion

Eine andere Welt, wie sie im Manifest der Grünen Schweiz beschrieben wird, ist möglich. Der Weg dorthin ist jedoch noch weit. Auch in der nächsten Legislaturperiode dürften die politischen Mehrheitsverhältnisse kaum grosse Schritte erlauben. Die Fraktion der Grünen Schweiz hat deshalb im Hinblick auf die konkreten Auseinandersetzungen in naher Zukunft wirtschaftspolitische Leitlinien entwickelt. Diese sollen als Orientierung dienen für den Kampf in Kommissionen und Parlament, aber auch auf der Strasse, für eine ökologische, soziale und solidarische Welt.

Die wirklichen Probleme anpacken

Die Schweizer Regierung und die bürgerlichen Parteien echauffieren sich über Scheinprobleme bei der AHV, den öffentlichen Finanzen und dem Schweizer Wirtschaftsstandort. Die brennenden Probleme Arbeitslosigkeit, steigende Umweltbelastung und globale Armut lassen sie hingegen kalt. Dabei müsste eine ernsthafte Wirtschaftspolitik genau hier ansetzen.

Anfang 2001 brach im internationalen Umfeld der Schweiz eine Konjunkturkrise aus. Die Schweizer Exporteure konnten weniger ins Ausland verkaufen. Sie begannen, in ihren Produktionsstätten im Inland Kapazitäten und Personal abzubauen, so dass sich die Krise vom internationalen Umfeld auf die Schweiz übertrug. Diese Absatzprobleme der Exporteure wurden verstärkt durch die Aufwertung des Schweizer Frankens. Anlagefonds und andere Grossanleger steuerten den Schweizer Franken als «sicheren Hafen» an. Parallel zum Konjunktureinbruch kamen die Aktienbörsen ins Trudeln. Der Schweizer Finanzsektor, der einen grossen Teil seiner Einnahmen im Börsengeschäft erwirtschaftete, musste teils empfindliche Einbussen hinnehmen. Pensionskassen, die sich an der Börse verspekuliert hatten, gerieten in Schieflage. Die Arbeitslosigkeit stieg massiv an.

Auch wenn man sich in der Konjunkturflaute auf vieles nicht mehr verlassen kann, eines ist sicher: Die Bürgerlichen interpretieren die Konjunkturkrise als ein Schweizer Strukturproblem.

Dies war in jeder Krise seit den siebziger Jahren der Fall. Die Schweizer Wirtschaft sei verkrustet. Die Politik müsse Rahmenbedingungen für ein starkes Wirtschaftswachstum schaffen. Deregulierung wird gefordert. Die Staatsquote müsse gesenkt werden. Und schon werden einschneidende Sparpakete geschnürt. Verlassen kann man sich auch darauf, dass die Finanzierung der AHV in Frage gestellt wird. Und die Umweltpolitik landet auf dem Abstellgleis.

Die Grünen haben die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates und der Bürgerlichen überprüft. Fazit: Der Abbau bei der Finanzpolitik und der AHV ist nicht notwendig. Die AHV ist mit einem zusätzlichen MwSt-Prozent 2015 bis auf Weiteres gesichert. Das Sparpaket des Bundes ist völlig übertrieben. Es handelt sich um ein unnötiges Programm mit verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt, die soziale Sicherheit und den Arbeitsmarkt. Die Schweizer Wirtschaft hat auch kein strukturelles Wachstumsproblem. Sie ist international konkurrenzfähig. Sobald die weltwirtschaftliche Nachfrage anzieht, wird der Absatz der Schweizer Exporteure zügig ansteigen. Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind deshalb völlig überflüssig.

Die brennenden Probleme hingegen sind die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit, die anhaltende Verschlechterung der Umweltsituation und die grosse globale Armut. Der trendmässig steigende Verbrauch von nicht-erneuerbaren Ressourcen ist ungebrochen. Biodiversität und Kulturräum wird vernichtet, Tropenwälder werden abgeholzt usw. das Umweltproblem hat sich in Form des Treibhauseffekts weiter verschärft. Unter dieser Entwicklung leiden insbesondere Menschen in wirtschaftlich schwächeren Regionen. Auch sie tragen beispielsweise die Folgen der von den reichen Ländern verursachten Klimaproblemen, ohne dass sie entscheidend dazu beigetragen haben. Darüber hinaus sind sie Verwerfungen an den Finanz- und Rohstoffmärkten besonders ausgeliefert. Periodische Krisen treffen weite Bevölkerungskreise und verursachen Armut und Elend. In den reicheren Ländern akzentuiert sich die ungleiche Verteilung von Einkommen und Chancen. Die als Globalisierung verkleidete neoliberale Politik der kapitalistischen Eliten drängt die Demokratie zurück und setzt private, auf Eigentum basierende Institutionen (Unternehmen, Stiftungen usw.) an deren Stelle. Indem die Maschen der sozialen Netze vergrössert und öffentliche Interventionsspielräume verengt werden, erhalten die regelmässig auftretenden Krisen eine zunehmende Härte – vor allem für die schwächsten Mitglieder dieser Gesellschaften. Arbeitslosigkeit und Armut nimmt zu. Stress am Arbeitsplatz beeinträchtigt die Gesundheit. Leistungsdruck frisst an der persönlichen Integrität.

Die Konjunktur muss stabilisiert werden. Der ökologische Umbau ist rasch und wirkungsvoll voranzutreiben. Entwicklungshilfe und Armutsbekämpfung müssen höchste Priorität erhalten.

Konjunktur stabilisieren – Erwerbslosigkeit bekämpfen

Die Schweiz wurde vom weltwirtschaftlichen Konjunktureinbruch stark getroffen. Die Zahl der Stellensuchenden stieg auf 200'000 Personen. Für die Betroffenen ist die Erwerbslosigkeit ein hartes Schicksal. Sie führt zu finanziellen Problemen. Erwerbslose, welche für Kinder und andere Menschen aufkommen müssen, werden von Zukunftsängsten geplagt. Es droht ein Verlust des Selbstwertgefühls.

Mit Blick auf die jüngere Vergangenheit zeigt sich zudem, dass eine wirksame Umweltpolitik auf eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung angewiesen ist. In der langen Wirtschaftskrise der neunziger Jahre verlor das Umweltproblem in der Öffentlichkeit an Bedeutung. Diese Entwicklung dominierte die politische Willensbildung. Die Umweltthemen hatten es schwerer; mit dem platten und falschen Standortargument beispielsweise wurde manche ökologische Verbesserung verhindert. Wirtschaftskrisen erschweren auch die Umsetzung von umweltpolitischen Massnahmen. Das siedlungspolitische Zusammenführen von Wohnen und Arbeiten beispielsweise mit dem Ziel, den Pendelverkehr zu verringern, kann durch eine Rezession massiv gestört werden. ArbeitnehmerInnen werden entlassen und müssen anderswo eine Stelle suchen, werden aber oft aus Rücksicht auf Kinder usw. am ursprünglichen Ort wohnen bleiben. Überhaupt dürften ArbeitnehmerInnen in Krisenzeiten bereit sein, längere Arbeitswege auf sich zu nehmen.

Wirtschaftspolitische Gegenmassnahmen gegen die Konjunkturkrise gibt es viele. Beispiele dafür sind:

- Investitionen zur Steigerung der Ressourceneffizienz
- Offensive beim sozialen Wohnungsbau gegen Wohnungsnot
- Förderung von arbeitsplatzerhaltenden Arbeitszeitmodellen
- Stabilisierung der Wechselkurses durch die Schweizerische Nationalbank
- Stopp der Sparmassnahmen bei den öffentlichen Haushalten
- Lehrstellen schaffen
- Energiesparkampagnen
- Zuwarten mit Pensionskassensanierungen
- Senkung der Krankenkassenprämien für tiefe Einkommen

vgl. das Papier zu grüner Konjunkturpolitik (erschieden in WoZ economique Nr. 1)

Stopp dem unsozialen, unökologischen finanzpolitischen Kahlschlag

Der durch den heftigen Konjunktureinbruch verursachte Rückgang der Einnahmen wird beim Bund, bei vielen Kantonen und Gemeinden als dauerhaft betrachtet. Weil man sich mit Mechanismen mit verführerisch klingenden Namen wie Schuldenbremse oder Haushaltsgleichgewicht

ein Verschuldungsverbot auferlegt hat, muss nun auf der Ausgabenseite das Messer angesetzt werden. Es werden Sparpakete geschnürt. Der Bund beispielsweise will im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 die Ausgaben um über 3 Milliarden Franken zurückfahren. Gespart wird vor allem im Umwelt- und Sozialbereich, während die einkommensstarken Haushalte Steuergeschenke erhalten. Das Sparpaket dürfte die Schweiz weitere 20'000 bis 30'000 Arbeitsplätze kosten.

Aus ökonomischer Sicht ist die Vorgabe, dass die öffentlichen Haushalte mittelfristig ausgeglichen sein müssen, unsinnig. Sogar in wirtschaftsliberalen Ökonomielehrbüchern steht, dass der Staat sich verschulden können soll: Er soll dort investieren, wo Private es nicht oder zu wenig tun, obwohl gesellschaftliche Erträge anfallen. Also beispielsweise in die Bildung, in Infrastruktur, in Umweltschutz. Der Vorwurf, dass die heutige Staatsschuld der nachfolgenden Generation aufgebürdet werde, ist unberechtigt. Klar, Schulden ziehen Zinsen nach sich. Aber es gilt: Wenn die Erträge höher sind als die Zinsen, wirkt das wohlfahrtsvermehrend – die schuldenfinanzierte Investition rechnet sich. Die nächste Generation profitiert von sinnvollen Investitionen zum Beispiel in Form einer intakten Umwelt, einer höheren Beschäftigung. Schulden, richtig gemacht, sind nachhaltig.

Doch auch abgesehen von diesen grundsätzlichen Einwänden, gibt es gegenüber dem „Entlastungsprogramm“ des Bundes konkrete Vorbehalte. Das Departement Villiger hat sich beim Sparbedarf verrechnet. Die Grünen schätzen das strukturelle Defizit auf 0.5 bis 1.5 Milliarden Franken – Tendenz sinkend. Dieser Fehlbetrag kann durch die im Entlastungsprogramm vorgeschlagenen Einnahmenerhöhungen weitgehend beseitigt werden, ohne dass gespart werden muss.

Nicht aus Spargründen, aber aus politischen Gründen erwünscht sind für die Grünen jedoch Ausgabenkürzungen bei der Armee und dem Strassenbau. Die Redimensionierung der Armee müsste eine Redimensionierung der finanziellen Mittel zur Folge haben. Und der Zuwachs an Strassen ist zu vermeiden, wenn der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gelingen und die Klimaschutzziele eingehalten werden sollen.

vgl. Text zu den Bundesfinanzen der Wirtschaftskommission

vgl. Vernehmlassungsantwort zum Entlastungsprogramm 2003

AHV ausbauen: Flexibles Rentenalter und Rentenerhöhungen

Weil die Menschen immer älter werden, seien die Renten in Gefahr – dieser Irrglaube ist vielen SchweizerInnen noch nicht ausgetrieben. Die Regierung ist daran mitschuldig: Sie verbreitet fast permanent pessimistische Szenarien. Bundesrat Pascal Couchepin drängt heute – flankiert von bürgerlichen PolitikerInnen und Unternehmerverbänden – auf eine Erhöhung des Rentenalters

auf 67 Jahre. Aufgrund von wirtschaftlichen Simulationen, die auf vernünftigen Annahmen basieren, kann für die AHV jedoch Entwarnung gegeben werden. Gemäss den Berechnungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF ETH) ist die AHV bis auf Weiteres finanziell gesichert; allenfalls braucht es in 10 Jahren ein weiteres MwSt-Prozent. Die Produktivitäts- und Lohnentwicklung führt dazu, dass im Jahr 2050 2.5 Erwerbstätige eine RentnerIn finanzieren können. Heute beträgt das Verhältnis 4 zu 1.

Mit dieser Dramatisierung der finanziellen Lage soll vor allem eines erreicht werden: Die AHV soll auf Minimalleistungen zurückgestutzt werden. Die Folge: Einkommensschwache Personen müssen bis zum Erreichen des allgemeinen Pensionsalters erwerbstätig zu bleiben versuchen, egal wie ausgebrannt sie sind. Personen mit hohem Einkommen hingegen geniessen aufgrund einer steuerbegünstigten individuellen Vorsorge weitgehend ein Pensionierungsalter à la carte, obwohl sie in der Regel im Alter gesünder sind und oft in Berufen arbeiten, welche ein hohes Mass an Selbstverwirklichung erlauben.

Die Grünen fordern ein gegen unten flexibles Rentenalter – vor allem für einkommensschwache Personen. Bei einem entsprechenden politischen Willen ist eine solche Flexibilisierung problemlos finanzierbar. Die Pensionskassenkrise hat zudem gezeigt, dass die AHV eine ausgesprochen kostengünstige und stabile Form der Altersvorsorge ist. Die 1. Säule hat sich einmal mehr als tragfähig erwiesen. Sie sollte weiter ausgebaut werden. Die 2. Säule – die Pensionskassen – hat nicht halten können, was sie versprach. In einem ersten Schritt muss deshalb mindestens die Pensionskassenaufsicht spürbar verbessert werden. Leistungsabbau etwa in Form von Mindestzinssenkungen ist strikte abzulehnen. Die 3. Säule hingegen muss vollständig überdacht werden. Volkswirtschaftlich gesehen verstärkt sie die Tendenz zum übermässigen Sparen. Zudem öffnet sie Steuerschlupflöcher.

vgl. auch den Text der Wirtschaftskommission zur Altersvorsorge in der WoZ économique Nr. 3

Globale Armut bekämpfen

Die weltweite Armut ist ein Skandal. In Afrika beispielsweise hat fast die Hälfte der Bevölkerung weniger als 1\$ pro Tag zum Lebensunterhalt zur Verfügung. Die ungleiche Ressourcenverteilung hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter akzentuiert. Die Pro-Kopf-Einkommensdifferenz zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern beträgt heute rund 20:1 gegenüber 13:1 im Jahr 1973. Doch auch in den reichen Ländern hat sich der Unterschied zwischen Reich und Arm verschärft. Gemäss der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben beispielsweise die prekären Arbeitsverhältnisse in Europa merklich zugenommen. Es braucht eine Entwicklungsoffensive.

Eine der zentralen Fragen der Entwicklungspolitik ist, wie die ärmeren Länder von der armutsverstärkenden Rohstoffproduktion wegkommen. Es müssen wertschöpfungsintensivere Produktionsschritte in den Armutsregionen angesiedelt werden. Eine weitere Entschuldung dieser Länder ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Mittel für Bildung, öffentliche Infrastruktur, Gesundheitspolitik etc. freizubekommen. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit müssen zügig mindestens auf die UNO-Vorgabe von 0.7% des Bruttosozialprodukts erhöht werden. Die Selbstversorgung der armen Länder mit Nahrungsmitteln soll vorangetrieben werden. Ergänzend dazu müssen die reichen Länder ihre Grenzen vor allem für die Industrieprodukte der ärmeren Länder weiter öffnen – Exportsubventionen der reichen Länder gehören abgeschafft. Für die reichen Länder bringt dies natürlich Anpassungskosten mit sich. Die höhere Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse hat jedoch die Bereitschaft vor allem der weniger qualifizierten Arbeitskräfte in diesen Ländern verringert, weitere Konzessionen an eine Öffnung der Grenzen für ausländische (Konkurrenz-) Produkte zu machen. Die Folgen müssen deshalb sozial- und arbeitsmarktpolitisch grosszügig aufgefangen werden. Es braucht u.a. Mindestlöhne und Entlastungen tiefer Einkommen beispielsweise mit höheren Kinderzulagen, weiteren Verbiligungen der Krankenkassenprämien, Steuererleichterungen.

Bei dieser Entwicklungsoffensive muss auch die WTO in die Pflicht genommen werden. Sie soll getreu der Präambel des WTO-Vertrags „auf die Erhöhung des Lebensstandards, auf die Verwirklichung der Vollbeschäftigung, ... den Schutz und die Erhaltung der Umwelt“ ausgerichtet sein. Die WTO soll dafür schauen, dass die Mitgliedsländer ihre Möglichkeiten bei der Armutsbekämpfung voll ausschöpfen können. Also weg von der Maxime der global für Waren und Kapital offenen Grenzen hin zu länderspezifischen Regelungen mit unterschiedlichem Grad an Offenheit. In dieser Lesart ist die WTO nicht mehr diejenige Institution, die nationale institutionelle Verschiedenheiten harmonisiert oder einebnet, sondern sie bildet die Schnittstelle zwischen unterschiedlichen politischen Systemen und koordiniert diese entwicklungspolitisch.

vgl. die Texte der Wirtschaftskommission in der WoZ économique Nr. 2

Ökologischen Umbau forcieren

Der Verbrauch von Energien aus nicht-erneuerbaren Ressourcen und der dadurch bedingte CO₂-Ausstoss steigen seit den 1990er Jahren wieder kontinuierlich. Vor allem der weltweite Ölverbrauch erhöht sich seit Jahren um durchschnittlich 100 Millionen Tonnen (1,4%) pro Jahr. Das Ziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2010 gegenüber 1990 um 10% zu reduzieren, wird die Schweiz, wenn keine weitere, griffige Massnahmen getroffen werden, hochgradig verfehlen. Dabei ist die Klimaerwärmung seh- und spürbare Realität: Die Gletscher in den Alpen schmelzen seit Jahren, der Aletschgletscher beispielsweise schrumpft pro Jahr um 40 bis 50 Meter.

Die Bürgerlichen Parteien drängen hingegen zurzeit auf massiven Ausbau der Strassen. Eine zweite Gotthardröhre soll gebohrt und die A1 auf sechs Spuren ausgebaut werden, obwohl gerade der Strassenverkehr den grössten Teil der CO₂- und Schadstoffemissionen verursacht. Vergessen sind die Vorsätze, wie sie zur Zeit des Waldsterbens gefasst wurden. Die Verlagerung des Strassenverkehrs auf die Schiene ist nur noch ein Lippenbekenntnis. Auch die Förderung von Energie aus erneuerbaren Ressourcen soll eingestellt werden. Das Programm „Energie Schweiz“ wird im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes totgespart. Verdrängt wird auch das Problem der Atomkraftwerke. Ungeachtet der Gefahren der alternden Schrottreaktoren und der problematischen Lagerung radioaktiver Abfälle wird in der Schweiz weiterhin ungebrochen auf Atomstrom gesetzt. Ausstiegsschancen werden mit millionenschweren Abstimmungsbudgets zunichte gemacht. Dabei könnte ein grosser Teil der Umweltprobleme mit Massnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz und einer Erhöhung der Energiepreise auf EU-Niveau entschärft werden.

Steigerung der Ressourceneffizienz im Allgemeinen und bei der Energiegewinnung im Besonderen

Wir stehen vor der grossen Herausforderung, die endlichen Ressourcen effizienter zu nutzen und mittelfristig zu ersetzen. Wir müssen die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) drastisch reduzieren. Der Ausstieg aus der gefährlichen Atomwirtschaft ist überfällig. Die Schweiz hat zurzeit keine nachhaltige Energiepolitik vorzuweisen. Diese wurde vom Bundesrat, sekundiert von den finanzkräftigen Wirtschaftsverbänden, verhindert. Zukunftsgerichtete Innovationen werden blockiert. Auf diese Weise verspielt sich die Schweiz seit ein paar Jahren erfolgreich eine führende Stellung bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, die sie vor ein, zwei Jahrzehnten einmal hatte. Und es geht weiter: Sogar das Bonsaiprogramm „EnergieSchweiz“ soll jetzt mit dem Entlastungsprogramm 2003 massiv abgebaut werden. Dabei ist es gerade jetzt höchste Zeit um auf Alternativen zum Erdöl umzusteigen. Nach dem englischen Geologen und Ölspezialisten Colin J. Campbell wird der globale *mid depletion point*¹ des Erdöls im Jahr 2005 überschritten.² Zudem wird die maximal jährliche Produktionskapazität noch vor dem Jahr 2010 erreicht sein. Danach wird die jährliche Erdölproduktion absinken und der Preis ansteigen. Schon allein aus diesem Grund macht es Sinn, sich jetzt nicht nur auf den Ausstieg aus der Atomenergie sondern auch auf den Ausstieg aus der Erdölwirtschaft vorzubereiten. Denn von keinem Rohstoff ist die Wirtschaft so abhängig wie vom Erdöl.

¹ Beim „mid depletion point“ ist die Hälfte des weltweiten Erdölvorkommens aufgebraucht.

² Vgl. Campbell 2002: Ölwechsel – Das Ende des Ölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft.

Hierfür braucht es eben nicht eine Liquidierung von „EnergieSchweiz“, sondern einen massiven Ausbau dieses Programms, welches heute nur 55 Mio. Franken pro Jahr umfasst. Vor allem wenn man berücksichtigt, dass „EnergieSchweiz“ allein im Jahr 2001 – und dies nur mit diesen 55 Mio. – Investitionen von rund 800 Mio. Franken auslöste, wodurch 4700 Arbeitsplätze geschaffen, bzw. erhalten wurden. Die daraus resultierenden Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes werden vom BFE auf gut 60 Millionen Franken geschätzt. Hinzu kommt, dass die Förderung von Massnahmen zur effizienten Energienutzung und dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien u.a. die Luftverschmutzung reduziert, somit die Krankheitskosten senkt und in einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation zu willkommenen Wachstumsimpulsen führt.

Die Antwort auf den zunehmenden Handlungsbedarf bei der Erreichung energiepolitisch zukunftsgerichteten Zielen, wie z.B. die Erfüllung des Kyoto-Protokolls kann deshalb nur die Verstärkung des Programms „EnergieSchweiz“ sein – flankiert durch die schnelle Einführung einer CO₂-Abgabe oder einer Energiepreiserhöhung (vgl. das folgende Kapitel) sein. Die Grünen fordern darum eine massive finanzielle Ausweitung der Förderung von Energieeffizienzmassnahmen und von Erneuerbaren Energien durch den Bund.

Hierzu gehören auch gesetzliche Massnahmen wie die Einführung einer Besteuerung von Flugbenzin, eine massive steuerliche Belastung von verbrauchsineffizienten Fahrzeugen und eine ernsthafte Verlagerungspolitik beim Güterverkehr auf die Schiene, wofür es sicher keine zweite Gotthardröhre braucht, sondern eine massive Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe.

vgl. dazu auch das Papier zur Verkehrspolitik der Verkehrs- und Raumplanungskommission

Der Atomausstieg bleibt selbstverständlich nach wie vor eine Hauptforderung der Grünen. Das Nein zu den beiden Atominitiativen vom 18. Mai 2003 ist im wesentlichen auf die 20 Millionen teure Angstkampagne von Economiesuisse und die wirtschaftlich unsichere Zeit zurückzuführen. Der Atomausstieg ist sowohl ökonomisch wie auch sicherheitspolitisch ein Muss. Keine Versicherung ist bereit das Risiko eines Atomunfalls zu decken. Die Reaktoren werden von Jahr zu Jahr älter, Menschen sind wie wir wissen nicht fehlerfrei und gegen potentielle Terrorangriffe sind die Schweizer Reaktoren genauso wenig gesichert wie alle anderen AKWs weltweit. Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle und die einmal anfallenden Stilllegungskosten der fünf Schweizer AKWs sind nach wie vor nicht gedeckt. Ein Atomausstieg wie ihn die Initiative „Strom ohne Atom“ gefordert hat ist auch versorgungstechnisch sehr gut realisierbar. Innerhalb von 10 Jahren lassen sich die 37% Atomstrom ohne Probleme einsparen bzw. ersetzen. Durch den Verzicht auf die Produktion für den Export, durch den Ersatz der ineffizienten Elektroheizungen, durch eine Effizienzsteigerung, den forcierten Einsatz von Wärmekraftkopplung und die konsequente Förderung von Erneuerbaren Energien lässt sich eine sichere Stromversorgung in der Schweiz ohne Problem garantieren.

Schweizer Energiepreise auf EU-Niveau heben – Ressourcenverbrauch reduzieren - Krankenkassenprämien senken

Die Schweizer Energiepreise sind im internationalen Vergleich tief – viel zu tief. Die Differenz zum EU-Durchschnittspreis beträgt beim Heizöl knapp 30 Rp./l, beim Benzin mehr als 30 Rp./l, und beim Strom rund 1 Rp./kWh. Kaufkraftbereinigt³ fällt der Unterschied noch massiver aus. Der Liter Benzin ist in der EU aus dieser Sicht über 60 Rp./l teurer.

Um die Schweizer Preise für Benzin und Heizöl auf EU-Niveau zu heben, müsste auf den Schweizer Preisen ein Zuschlag von etwas über 3.5 Rp./kWh erhoben werden. Wird dieser Preisaufschlag auf alle Energien aus nicht-erneuerbaren Ressourcen übertragen – also auch auf Gas, Atomstrom, Kohle – betragen die damit verbundenen Preisveränderungen bei den einzelnen Energieträgern rund:

Preiszuschlag in Rp./kWh	Treibstoffe	Elektrizität	Gas	Brennstoffe
3.50	23%	10%	55%	80%

Die gesamten Einnahmen aus dieser Preiserhöhung würden sich auf rund 6 Mrd. Fr. belaufen. Der Energieverbrauch ginge dabei kurzfristig um fast 7% zurück. Längerfristig würde der Energiespareffekt mehr als 20% betragen.

Diese Einnahmen können in den Ausbau und in die Vergünstigung des Öffentlichen Verkehrs investiert (vgl. Grüne Vorschläge zur Klimapolitik vom 12. 08.03)) oder über die Krankenversicherung in Form von tieferen Krankenkassenprämien an die Bevölkerung ausgeschüttet werden. Bei voller Rückerstattung könnten die Krankenkassenprämien dadurch halbiert werden. Diese Ausschüttung der Einnahmen aus dieser Energiepreisanpassung erfolgt dabei ausgesprochen sozialverträglich. Alle Personen, die in der Schweiz wohnhaft sind und folglich Krankenkassenprämien bezahlen müssen, kommen in den Genuss der Prämienreduktion.

³ Die Daten für den internationalen Vergleich stammen von der Internationalen Energieagentur. Die Daten wurden mit den Angaben aus BFS (2000) „Internationale Preisvergleich und Kaufkraftparitäten“ kaufkraftbereinigt, d.h. die Preise der jeweiligen Länder wurden mit den betreffenden Einkommen gewichtet, um so die relative Belastung für die Haushalte und Unternehmen abzubilden.

Die Befürchtung, die Energieabgabe würde zu einem „Benzintourismus“ von der Schweiz ins Ausland führen, wird durch die Daten der Internationalen Energieagentur entkräftet. Das Benzin würde durch die Preisanpassung auf EU-Niveau ungefähr so teuer wie in den umliegenden Ländern mit Ausnahme von Österreich. Die Preisdifferenz dürfte allerdings so bescheiden sein, dass sich der „Benzintourismus“ auch für Österreicher kaum lohnen wird.

Müssen sich die Grünen nun vorwerfen lassen, sie würden nichts gegen die Ursache der fortwährend steigenden Krankenversicherungsprämien unternehmen und nur das Symptom bekämpfen? Nein, denn wissenschaftliche Studien haben längst erwiesen, dass die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen nur über das Angebot wirksam gesteuert werden kann⁴. Nachfrageseitig ist der Interventionsspielraum ausgesprochen bescheiden; die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen ist in hohem Ausmass unabhängig von deren Preis⁵. Sicher ist allerdings, dass der Energieverbrauch und somit der Schadstoffausstoss dank der Preisanpassung auf EU-Niveau abnehmen wird. Dies ist eindeutig ein Beitrag für eine Verbesserung der Gesundheit, für uns und für die folgenden Generationen!

Von der Grünen Fraktion verabschiedet am 12. August 2003

⁴ Dies zeigt sich beim positiven Zusammenhang zwischen Ärztedichte und Gesundheitskosten. Zusätzliche Ärztinnen sind keine gewichtige Konkurrenz für die bereits praktizierenden. Sie schaffen vielmehr eine zusätzliche Nachfrage nach ärztlichen Leistungen und tragen so zu höheren Kosten bei. Insbesondere die höhere Dichte von SpezialistInnen verursacht dabei eine stärkere Inanspruchnahme teurerer Spezialmedizin, was in entsprechenden Kosten niederschlägt (vgl. dazu etwa Domenighetti, G. u.a. *Consommation chirurgicale en Suisse et comparaison avec la France*. Lausanne 1996).

⁵ Das wohl umfassendste Experiment im Krankenversicherungsbereich, das „Health Insurance Experiment“ der Rand-Corporation in den USA („*American Economic Review*“, 1987), hat gezeigt, dass erhöhte Selbstbehalte oder gar eine Abschaffung der Krankenversicherung bestenfalls nur zu leicht abnehmenden Gesundheitskosten führen. Entgegen gewisser ökonomischer Unterstellungen nehmen die versicherten Menschen kaum Leistungen in Anspruch, auf die sie verzichten würden, hätten sie keine Versicherung.